Öffentliche Verwaltung

Kosten-Killer e-Beschaffung

[05.12.2003] Die Kosten für die Abwicklung einer Bestellung könnten in der öffentlichen Verwaltung um 30 Prozent sinken, vorausgesetzt die Ämter würden konsequent auf e-Procurement setzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Beratungsunternehmens Mummert Consulting.

Durchschnittlich 180 Euro kostet eine Bestellung bei Bund, Ländern und Gemeinden. Dabei verschlingt schon eine einfache Order wie Büromaterial aus dem Katalog rund 130 Euro. Die Veröffentlichung einer Ausschreibung für größere, nicht katalogisierbare Güter schlägt im Durchschnitt mit 244 Euro zu Buche. Würden die Verwaltungen und Behörden konsequent auf eine elektronische Beschaffung setzen, könnten sie diese Kosten um durchschnittlich 30 Prozent senken, ermittelte die Mummert Consulting AG. Der Grund: Die Beschaffung via Datenleitung bringt der öffentlichen Hand immense Zeitersparnis. Statt 105 Minuten für das Wälzen und Verschieben von Papierformularen benötigen die Mitarbeiter nur noch gut 30 Minuten für die Klicks am Bildschirm. Weiteres Einsparvolumen ergibt sich bei der elektronischen Beschaffung durch günstigere Preise. Durch die Bündelung der Bedarfe online beschaffbarer Güter in einem e-Procurement-System lassen sich die Einkaufspreise um bis zu sechs Prozent drücken. Auch durch das konsequente elektronische Ausschreiben der geforderten Leistungen eröffnet sich Sparpotenzial. Die Kosten für die Veröffentlichung der Ausschreibungen sinken bei durchgehender elektronischer Verarbeitung um bis zu 75 Prozent.

()

Stichwörter: E-Procurement, e-Beschaffung, e-Procurement, Mummert Consulting,